

Rat bewilligt Mehrausgaben

Feuerwehrgerätehaus Halvesbostel wird um 250.000 Euro teurer / Neue Pumpe fürs Freibad

bim. Halvesbostel. „Wir sind in einer schwierigen Situation und brauchen eine überplanmäßige Ausgabe, die nicht vorhersehbar war“, sagt Hollenstedts Samtgemeinde-Bürgermeister Heiner Albers. Denn das Feuerwehrgerätehaus Halvesbostel wird mit rund 700.000 Euro (inklusive Planung und Baunebenkosten) um 250.000 Euro teurer als zunächst angenommen. Um das Thema ging es in der jüngsten Sitzung des Hollenstedter Samtgemeinderates.

Die Gründe für die Mehrkosten: Das Gebäude muss aufgrund einzuhaltender DIN-Vorschriften größer geplant, die bestehende Fahrzeughalle weiter zurückgebaut



So könnte das Feuerwehrgerätehaus Halvesbostel aussehen Visualisierung: Artrium-Architekten

und neu aufgebaut werden, um die nötige Raumhöhe und eine wirtschaftliche Dachlösung technisch umsetzen zu können. Der überplanmäßigen Ausgabe stimmte der Hollenstedter

Samtgemeinderat in seiner jüngsten Sitzung bei zwei Enthaltungen zu.

• Weiterhin stimmte der Rat per Eilentscheidung für die Ersatzbeschaffung einer defekten Pumpe

fürs Freibad für 8.230 Euro. Diese war Anfang Juni ausgefallen und kann nicht repariert werden. Die Pumpe transportiert das Estewasser, das die Wärmepumpe im Freibad beschickt.

„Kommunen müssen Wohltaten von Land und Bund tragen“

bim. Hollenstedt. Die Diskussion um die überplanmäßige Ausgabe fürs Feuerwehrgerätehaus Halvesbostel, der die Grünen „zähneknirschend zustimmten“, nahm der Grünen-Ratscherr Manfred Thiel in der Ratssitzung zum Anlass, sich insgesamt zum Haushalt der Samtgemeinde Hollenstedt zu äußern. Dieser sei „mit heißer Nadel gestrickt.“ Und: „Der Bund und das Land beschließen Wohltaten, die die Kommunen überwiegend zu tragen haben“,

klagte er.

Eine Möglichkeit, diese Mehrkosten aufzufangen, sei eine radikale Sparpolitik. Das bedeute aber, auf den Ausbau des Feuerwehrgerätehauses und andere notwendige Investitionen zu verzichten. „Das möchten wir Grünen jedoch nicht. Auch uns Grünen liegt die Sicherheit der Bürger und die Wertschätzung der Mitglieder in den Freiwilligen Feuerwehren am Herzen. Aber: Man darf schon mal hinterfragen, wie die neuen

Normen für den Brandschutz, für Fahrzeuge, Maschinen, Kleidung, Feuerwehrhäuser bestimmt werden und welche Lobby da Einfluss nimmt.“

Weitere Möglichkeiten wären z.B. eine Beteiligung der Mitgliedsgemeinden an den Aufwendungen für Krippen und Kindertageseinrichtungen oder die Erhöhung der Samtgemeindeumlage. Bei letzterer würden die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden aufschreien, da sie dann die

Hebesätze für die Gewerbesteuer sowie die der Grundsteuer A und B erhöhen müssten, so Thiel. „Wenn wir die Einnahmenseite der Samtgemeinde stärken wollen, um eine attraktive, moderne und bürgernahe Samtgemeinde zu gestalten, dann kommen wir um eine Erhöhung der Samtgemeindeumlage kaum herum. Da sollten auch die besonderen Befindlichkeiten in den Mitgliedsgemeinden zugunsten des Großen und Ganzen etwas zurückgestellt werden“, so Thiel.